

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Kirch-Dunders)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienmarkt 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 62.

Berlin, Mittwoch, 4. August 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Christliche Gewerkschaften und deutsche Gewerksvereine.
— Heimarbeit und Lohnfrage. — Allgemeine Rundschau.
— Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten.
— Anzeigen-Teil.

Christliche Gewerkschaften und deutsche Gewerksvereine.

Nach dem Evangelisch-sozialen Kongresse, der Anfang Juni in Heilbronn stattfand, waren die Spalten der christlichen Organe gefüllt mit Notizen über die Verherrlichung, welche die christlichen Gewerkschaften dort erfahren hatten. Namentlich wurde das Referat des Lic. W. Schneemelcher-Rummelsburg über „Geistige Strömungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ nach jeder Hinsicht zugunsten der Christlichen auszuschlachten versucht. Die Deutschen Gewerksvereine dagegen suchte man auf alle nur mögliche Weise herabzusetzen. Wir hegten damals Zweifel an der Richtigkeit der wiedergegebenen Zitate und behielten es uns vor, nach Veröffentlichung des offiziellen Protokolls noch einmal auf die Sache zurückzukommen. Das Protokoll ist nun erschienen, und es zeigt sich, daß unsere damalige Zurückhaltung durchaus berechtigt war. Allerdings müssen wir zugeben, daß Lic. Schneemelcher die christlichen Gewerkschaften in jeder Beziehung herausgestrichen hat. Damit soll nicht gesagt sein, daß er die Deutschen Gewerksvereine etwa in gehässiger Weise bekämpft hätte. Keineswegs. Wir werden durchaus freundlich behandelt, können aber die Empfindung nicht unterdrücken, daß sich Herr Schneemelcher in seinem Vortrage allzu sehr von dem Urteil des Landgerichtsrats Kulemann in seinem Werke: „Die Arbeiterberufsvereine“ hat beeinflussen lassen. Was der Referent zugunsten der Deutschen Gewerksvereine gesagt hat, das haben in christlichen Gewerkschaftsblätter einfach unterdrückt, was für die christlichen Gewerkschaften sprach, ist übertrieben worden. Das ist nun einmal die Praxis, wie sie auf jener Seite geübt wird. Unter diesen Umständen braucht man sich auch nicht zu wundern, daß man das Korreferat des Pfarrers Lic. Traub-Dortmund, das einen wesentlich anderen Geist atmete, so gut wie unterschlagen hat. Die Ausführungen dieses Redners waren eben für die Christlichen nichts weniger als schmeichelhaft. Wir wollen nun heute das Versäumte nachholen und in knappen Zügen den Inhalt des Traub'schen Referates wiedergeben.

Das Wort „christlich“ hat in Arbeiterkreisen einen Klang erhalten, der der Sache des Christentums nicht zuträglich ist. Daran ist die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften schuld, in denen nur ein neues Zeugnis des Geschicks der katholischen Kirche zu militärischer Organisation zu erblicken ist. Denn das treibende Motiv zur sozialen Organisation katholischer Arbeiter war ein ausgeprochen kirchliches. Die Angst vor dem Wachsstum der Sozialdemokratie gab der katholischen Kirche Anlaß, katholische Arbeitervereine, Fachabteilungen usw. zu gründen, um in ihnen die Arbeiter vor den Mächten des Unglaubens und der Verneinung zu schützen. Diese verschiedenartigen Vereine liefern das Material für die christlichen Gewerkschaften, welche selbst den letzten Versuch bilden, die eigene Einflußsphäre möglichst zu erweitern und der sozialdemokratischen Arbeiter-

bewegung einen Konkurrenten zu schaffen. Um aber den Anschein zu vermeiden, als wenn es sich lediglich um Zentrumsorganisationen handle — das Zentrum bildet die politische Vertretung der katholischen Kirche —, wurde die Organisation der christlichen Gewerkschaften auf interkonfessioneller Grundlage geschaffen. In Wirklichkeit aber befinden sich die katholischen Mitglieder in der überwiegenden Mehrheit; die evangelischen sind recht gering vertreten. Die Anstellung einer Anzahl evangelischer Sekretäre beweist nichts für das Zahlenverhältnis der beteiligten evangelischen Mitglieder, sondern nur für den klugen Sinn der katholischen Führer. Bedenklicher als dieses Zahlenverhältnis erscheint noch die Tatsache, daß das Zusammenarbeiten zwischen Katholiken und Evangelischen innerhalb der christlichen Gewerkschaft doch stets von der Zustimmung der kirchlichen katholischen Autoritäten abhängig bleibt. Giesberts erklärte nach dem Züricher Kongress: „Wenn die allerhöchste Entscheidung ein Zusammenwirken generell verbieten würde: man wird in uns gehörige Katholiken finden.“ So liegt die Entscheidung über den Fortbestand nicht in den Händen der Gewerkschaften allein.

Was das Wort „christlich“ anbelangt, so ist es von den christlichen Gewerkschaften nur angenommen gegen die freien Gewerkschaften und die Kirch-Dunderschen Gewerksvereine. Man will damit deren Weltanschauung als unchristlich bezeichnen. Herr Traub hält ein solches Verfahren für bedenklich.

Noch bedenklicher wird es aber dadurch, daß im selben Augenblick, in welchem dieses Stichwort zur Unterzeichnung von anderen deutschen Arbeiterverbänden gebraucht wird, doch der Inhalt dieses Wortes verbläßt und mit keinen bestimmten Grundsätzen erfüllt erscheint. Gewiß, die Stimmung gegen Kaiser und Reich ist eine andere wie in den freien Verbänden, aber keine andere, als bei den Kirch-Dundersianern. Gewiß, man will sich nicht in seinen kirchlichen Empfindungen durch die Kameraden trüben lassen. Das haben die freien Verbände tatsächlich öfters getan, die Kirch-Dunderschen aber wieder nicht. In der gewerkschaftlichen Kampfesweise finden wir wenige Unterschiede zwischen den verschiedenen Verbänden. Die Sozialdemokratie bekämpft die Christlichen mit allen Mitteln und die Christlichen mit dem gleichen sog. „Terrorismus“ die Sozialdemokraten. Streiks werden von allen Gruppen mit derselben Solidarität geführt, und so gut wie sozialdemokratische Führer schon Streiks verhüten haben, so auch christliche. Auch die Tarifbewegung macht keinen wesentlichen Unterschied, da beide großen Verbände darin, ebenso wie die Kirch-Dunderschen, ein erstrebenswertes Ziel sehen. Alle drei kämpfen gegen die „gelben“ Gewerkschaften und die Sprache, die gegen das Unternehmertum bezw. das Kapital geführt wird, ist doch nur in Nuancen verschieden, wenn auch der Ton gegenüber der Regierung bei den Christlichen durchweg ein freundlicherer sein mag. Auch im Einzelnen dürften kaum grundsätzliche Unterschiede vorhanden sein, einfach deshalb, weil die gewerkschaftliche Arbeit gar keine letzten Endziele kennt, sondern nur von Fall zu Fall die Ständesinteressen vertritt. Die freie Gewerkschaft arbeitet aber ebenso auf dem Boden der bestehenden (kapitalistischen) Gesellschaftsordnung, wie die anderen Gewerksvereine. Selbstverständlich bestreiten wir nicht, daß sich nicht Unterschiede aufzeigen lassen und viel häufiger, oft aber auch nötiger Hausstreit herüber und hinüber wogt. Was wir nuzer-

wellen wollten, ist, daß uns die Wahl des Namens „christlich“ als Unterscheidungszeichen nicht vollberechtigt erscheint. Der Charakter der christlichen Gewerkschaften besteht nach dieser Seite hin wesentlich darin, daß sie nicht sozialdemokratisch, nicht Kirch-Dundersch sein wollen. Für diesen polemischen Zweck ist uns der Name „christlich“ zu schade.“

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen weist dann Lic. Traub noch nach, daß die Fäden, welche die christlichen Gewerkschaften mit dem Zentrum verbinden, ungleich stärker sind als die, welche sie mit den anderen politischen Parteien verknüpfen. Das Ergebnis, zu welchem der Redner kommt, ist, daß es überhaupt überflüssig war, christliche Gewerkschaften zu gründen, wenn sie in der Tat neutral sein wollen.

„Warum haben sich denn die Kreise, die nicht mit der Sozialdemokratie gehen wollten, nicht der schon bestehenden neutralen Gewerkschaft angeschlossen? Statut und Haltung der Kirch-Dundersianer war wirklich in religiösen und politischen Fragen so neutral, wie eine Gewerkschaft sein kann. Daß sie einfach auf die Seite geschoben werden, das ist das Bedenklichste an der christlichen Gewerkschaftsgeschichte. Es mögen manche technischen Unvollkommenheiten und traditionellen Mängel hier vorhanden gewesen sein; ein Anlaß, eine anti-sozialdemokratische Gewerkschaft auf neutraler Grundlage zu gründen, lag nicht vor. Von hier aus gewinnt die Vermutung neue Nahrung, daß es sich eben nicht bloß um eine neutrale Gewerkschaft handeln sollte. Die Evangelischen haben aber, so wie die Dinge liegen, gar keinen Grund, die Kirch-Dunderschen Vereine zu meiden. Sie können dort im Gegenteil neues schaffen und wirken und werden nicht von der Zahl erdrückt. . . . Auch können die evangelischen hier mit katholischen Kameraden zusammenarbeiten auf dem gemeinsamen Boden der Ständesinteressen und so die Idee einer neutralen Gewerkschaft, die von kirchlicher Gewalt von vorn herein unabhängig ist, verwirklichen und verstärken.“

Man kann es verstehen, daß die christlichen Gewerkschaftsblätter diese Ausführungen ihren Lesern vorenthalten haben. Andererseits aber ist es unser gutes Recht, auch diese Anschauungen der weiteren Öffentlichkeit zu unterbreiten. Auf die Diskussion über die Referate im einzelnen lassen wir uns nicht ein. Es kann aber konstatiert werden, daß der Evangelisch-sozialer Kongress gewillt ist, den beiden Gewerkschaftsrichtungen gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu üben. Nur eine Bemerkung in der Diskussion erscheint uns noch besonderer Erwähnung würdig.

Der frühere Staatssekretär Graf Borsky führte nämlich wörtlich aus:

„Es sind in beiden Vorträgen der Herren Referenten viele Zahlen angeführt worden, und man hat namentlich hervorgehoben, daß die Zahl der Kirch-Dunderschen Gewerksvereine so klein sei. Der verstorbene Reichskanzler Graf Caprivi hat einmal von der rago da nontro, von der Mut der Zahlen gesprochen, und ich möchte auch hier, so sehr ich Statistik schätze, bitten, nicht die Mitgliederzahl der einzelnen Arbeitervereine entscheidend sein zu lassen für ihren inneren Einfluß auf unser ge-

fantes öffentliches Leben. Manches hat der den größten Anhang im Leben, der das meiste verspricht, nicht der, der in der Lage ist, das meiste zu halten".

Das sind goldene Worte, die wir denen zur Beherrschung empfehlen, die allein nach den Zahlen den Wert der Organisation beurteilen.

Heimarbeit und Lohnfrage.

I.

Der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, dem auch unser Verband der Deutschen Gewerbevereine als korporatives Mitglied angeschlossen ist, hielt am 10. März d. J. im Bürgerhalle des Berliner Rathauses eine öffentliche Versammlung ab, in welcher das Thema: Heimarbeit und Lohnfrage erörtert wurde. Ueber den Verlauf dieser, schon vor Beginn überfüllten Versammlung ist bereits in Nr. 21 des „Gewerbeverein“ kurz berichtet worden. Inzwischen aber sind die in der Versammlung erstatteten Referate gedruckt und in einer ansehnlichen Broschüre*) veröffentlicht worden. Mit Rücksicht darauf, daß die Lohnfrage den Kernpunkt der Heimarbeitfrage bildet und die Schrift allen denjenigen, die im Kampfe gegen die mit der Heimindustrie verknüpften Mißstände stehen, ein reiches Material liefert, wollen wir kurz den Inhalt der Vorträge hier wiedergeben. Wir möchten jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, daß niemand die Schrift selbst entbehren kann, der ernstlich an der Beseitigung der Auswüchse der Heimindustrie mitarbeiten will. Und endlich sei für alle Ortsvereine- und Ortsverbandsbibliotheken die Anschaffung auf das angelegentlichste empfohlen.

Anna Schmidt erörterte zunächst die Frage, ob eine freie Organisation der Heimarbeiter eine wesentliche Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen vermag. Daß mit der Heimarbeit die schwersten Schäden für Gesundheit und Leben, Sittlichkeit und Existenz der Arbeiter verbunden sind, bedarf für den Kundigen keines näheren Beweises. Die tieferen Gründe für diese bedauerliche Erscheinung kennzeichnet der Leiter der badischen Gewerbeinspektion Dr. Wittmann, der auch die badische Heimindustrie gründlich studiert hat, in dem Satze: „Die niedrigen Löhne sind die Wurzel des Übels; aus ihnen erwachsen die Beschäftigung von Kindern und breihaften Personen und die übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit; und des Lohndrucks wurde kein Ende.“

Das ist durchaus zutreffend. Denn eine Verkürzung der Arbeitszeit würde für die Heimarbeiter nichts anderes bedeuten als eine weitere Verringerung des an sich schon unzulänglichen Einkommens. Und so wünschenswert auch für die Heimarbeiter eine Vorschrift wäre, daß sie ihre Tätigkeit nur in gesunden Räumen ausüben, ihre Lage würde durch den auf diese Weise erhöhten Mehraufwand an Miete nur noch gedrückter werden. Uebermäßige Arbeitszeit und sanitäre Mißstände sind nur die Folgen schlechter Einkommensverhältnisse, und deshalb bleibt es eine unumstößliche Tatsache, daß die Kernfrage des Heimarbeitersproblems die Lohnfrage ist, und daß ohne eine gleichzeitige Erhöhung des Lohnes alle sonstigen gesetzlichen Maßnahmen zur Regelung der Heimarbeit schwerlich vom erwünschten Erfolge begleitet sein dürften.

Nun hat die Fabrikarbeiterschaft durch den Zusammenschluß in Organisationen den Abschluß günstiger Tarifverträge erreicht und damit zum großen Teil Lohnerböhrungen durchzuführen vermocht. Leider fehlen für die Heimarbeiter die Voraussetzungen, auf demselben Wege eine Besserung der Verhältnisse zu erlangen. Die Schwierigkeiten, die sich ihrer Organisation entgegenstellen, sind gar zu große. Den Heimarbeitern fehlt zunächst die gemeinsame Arbeitsstätte, in der sie sich kennen lernen, aussprechen und für die Organisation gewinnen können. Selbst Arbeiter ein- und desselben Betriebes sind oft in weit von einander entfernten Orten und Gegenden beschäftigt. Auch an der inneren Interessengemeinschaft mangelt es. Viele Männer greifen zeitweise zur Heimarbeit nur, weil die kleine Landwirtschaft, die sie betreiben, zur Ernährung der Familie nicht ausreicht. Sie benutzen die Ruhepausen, um in der Heimindustrie sich ein Nebeneinkommen zu schaffen. Diese sind ebenso wenig wie die hauptsächlich tätigen Heimarbeiter, die häufig gerade aus Abneigung

gegen die streng geregelte Fabrikfähigkeit sich der Heimindustrie zuwenden, dem Organisationsgedanken zugänglich, der gewisse Vorurteile und auch einen gelinden Zwang mit sich bringt.

Noch schlimmer ist es mit den Heimarbeiterinnen, die das Hauptkontingent der in der Hausindustrie Beschäftigten stellen. Die unverheirateten Arbeiterinnen betrachten die Heimarbeit als eine vorübergehende Beschäftigung, die sie früher oder später mit der Ehe aufzugeben hoffen. Alle diese sind natürlich nicht gewillt, Opfer für die Organisation zu bringen. Dasselbe gilt von den Frauen gewerblicher Arbeiter, die durch ihre Heimarbeit lediglich das mehr oder minder unzureichende Einkommen des Ehemannes ergänzen wollen, und auch von denjenigen, die wegen der wachsenden Kinderzahl von der Fabrik zur Heimarbeit übergegangen sind, um ihre Verpflichtungen gegen Familie und Haus besser erfüllen zu können. Dazu kommen dann noch die sogenannten „Lohnschneid- oder Heimlich-Arbeiterinnen“, die es „eigentlich gar nicht nötig haben“, die Damen, die sich lediglich einen Zusatz zur Sommerreife verdienen und von einem Zusammenschluß in der Organisation naturgemäß nichts wissen wollen.

Weitere Hindernisse für die Organisation der Heimarbeiter ist die Hoffnung eines Teiles, sich zu Zwischenmeistern und Meisterinnen emporzuschwingen zu können; daß ferner in der Heimindustrie viele gebrechliche, alte und invalide Personen beschäftigt sind, die infolge ihres Körperzustandes kaum das verdienen, was absolut zum Leben notwendig ist; daß weiter eine große Anzahl Hausindustrien Saisonindustrien sind; daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen häufig ihren Beruf wechseln und daß ganz allgemein die gedrückte Lage der in Betracht kommenden Arbeiterkategorien den Beitritt zur Organisation erschwert.

Wie also die Tatsachen liegen, erscheint es ausgeschlossen, daß eine freie Organisation in der Heimindustrie sich jemals in so ausreichender Weise entwickeln könnte, daß sie ihrer Stärke nach einen wesentlichen Einfluß auf die Besserung des Lohnverhältnisses ausüben vermöchte.

Aber selbst wenn trotz der Schwierigkeiten eine Organisation der Heimarbeiter zustande käme, könnte sie nicht derartig sein, daß sie in umfassender Weise den Abschluß von Tarifverträgen zu erwirken vermöchte. Dazu sind die in der Heimindustrie tätigen Personen wegen ihrer Zersplitterung, ihres schwachen Zusammenhalts, der damit verbundenen Disziplinlosigkeit nicht fähig. Höchstens in denjenigen Industrien, in denen die Heimarbeiter eine verschwindende Minderheit bilden, könnten diesen die Vorteile tariflicher Vereinbarungen der Fabrikarbeiter zugute kommen, wenn die gesetzliche Anerkennung sowie die rechtliche Sicherstellung des durch die Organisation zustande gekommenen Tarifvertrages zur Tatsache würde. Und wenn die organisierten Fabrikarbeiter es gar durchzusetzen verständen, daß die von ihnen abgeschlossenen Tarife auch für die Heimarbeiter gelten, so würde dennoch eine Reihe von Tatsachen deren Innehaltung in der Hausindustrie ohne gesetzliche Regelung unmöglich machen. Da spielt die Konkurrenz der Arbeitgeber eine zu große Rolle. Der unanständige Unternehmer würde sich billigere, unter dem Tarif arbeitende Kräfte zu beschaffen suchen und sie in dem Referatgeber der Unorganisierten, der Gelegenheitsarbeiterinnen, der Alten und Schwachen finden.

Auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe wird es also, wie die Verhältnisse zurzeit liegen, den Heimarbeitern nicht möglich sein, eine Erhöhung der Löhne und damit die Besserung ihrer Lage überhaupt herbeizuführen. Ihr Recht auf Existenz legt somit der Staatsgewalt die Pflicht auf, im Wege der Gesetzgebung und Rechtsprechung für die Regelung der Lohnfrage der Heimarbeiter in gedeihlicher Weise zu sorgen und damit den in der Hausindustrie herrschenden Mißständen wirksam zu begegnen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 3. August 1909.

Gewerbevereinsjubiläum. Am 2. August feierte der Gewerbeverein der Deutschen Schneider und verwandten Berufsgenossen den Tag seines vierzigjährigen Bestehens. Die letzte Nummer des „Berichterstatler“ ist daher als Jubiläumnummer erschienen und enthält eine Reihe von Artikeln, die der Bedeutung des Festes entsprechen. Mögen die Wünsche, die darin zum Ausdruck kommen, sich in reichstem Maße erfüllen! Möge in den Kreisen der im Schneidergewerbe beschäftigten Arbeiter mehr und mehr die Einsicht sich Bahn brechen, daß der Gewerbeverein der Deutschen Schneider diejenige Organisation ist, die am wirksamsten für die Interessen ihrer Mitglieder eintritt! Möge sich die Schar der Streiter unter dem

Banner des Gewerbevereins von Jahr zu Jahr vermehren!

Auch der zum Verbandsgehörende Verein der Deutschen Kaufleute kann in diesem Jahre eine Erinnerungsfest begehen. Der 6. Oktober 1884 ist sein Gründungstag, so daß in diesem Herbst das fünfundsundzwanzigjährige Vereinsjubiläum festlich begehen werden kann. Auch diesem Gliede unserer Gesamtorganisation gelten unsere Wünsche. Möge es dem Verein der Deutschen Kaufleute vergönnt sein, in dem nächsten Vierteljahrhundert seines Bestehens die führende Stelle in der Handlungsgehilfenbewegung zu erobern. Hart sind die Kämpfe, die diese Organisation gegen skrupellose Feinde zu führen hat. Die Tatsache, daß diese Kämpfe bisher mit Erfolg durchgeführt worden sind, gibt uns die Ueberzeugung, daß die vom Verein der Deutschen Kaufleute vertretenen Grundzüge mehr und mehr Gemeingut der kaufmännischen Angestellten werden. Die Handlungsgehilfenbewegung ist nur ein Teil der Arbeiterbewegung. Kaufmännische Angestellte und Arbeiter seufen unter demselben Drucke. Das Ziel ihrer Bewegung ist das gleiche. Sie sind aufeinander angewiesen. Dessen mögen unsere Kollegen eingedenk sein! Die beste Festgabe, die wir dem Verein der Deutschen Kaufleute darbringen können, besteht darin, daß alle unsere Kollegen, welchem Berufe sie auch angehören, jederzeit daran denken, daß es ihre Pflicht ist, ihrem Kaufmannsstande angehörenden Verwandten und Freunde den Ortsvereinen der Deutschen Kaufleute zuzuführen. Nicht immer sind sich unsere Kollegen dieser Pflicht bewußt. Möge deshalb dieser Appell lebhaften Widerhall finden!

Zur Unterstützung von Tabakarbeitern, die durch das neue Tabaksteuergesetz geschädigt werden, sind durch Beschluß des Reichstages 4 Millionen Mark bereitgestellt worden. Ueber deren Verwendung hat der Bundesrat folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

Tabakarbeiter und Hausarbeiter, die Anspruch auf Unterstützung auf Grund des Artikels IIa des neuen Tabaksteuergesetzes erheben, haben ihre Gesuche bei dem Hauptzollamt ihres Bezirkes schriftlich einzureichen. Die Gesuche müssen enthalten: Vor-, Zuname, Alter, Familienverhältnisse (ledig, Zahl der Kinder) und Wohnort des Beschäftigten; Art der Beschäftigung in den letzten 14 Monaten sowie Name und Wohnort des letzten Arbeitgebers; Gesamtbetrag des im Vorjahre verdienten Lohnes; bei Arbeitslosigkeit Angabe des Grundes der Entlassung aus dem letzten Dienstverhältnisse, bei Verdienstschädigung deren Art, Ort und Umfang; Angabe, was als Nachweis dafür vorgebracht werden kann, daß die Arbeitslosigkeit oder die Verdienstschädigung infolge des Inkrafttretens des neuen Gesetzes erfolgt ist; welche Schritte zur Wiedererlangung eines Arbeitsverdienstes oder zur Erhöhung des geschmälerten Arbeitsverdienstes unternommen worden sind. Die Gesuche sind von dem Hauptzollamt einer beschleunigten Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterstützung vorliegen.

Zur Feststellung dieser Voraussetzungen kann die Polizeibehörde in Anspruch genommen werden. Dies soll jedoch nur dann, wenn die Feststellung auf anderem Wege nicht möglich ist und nur in dem für den vorliegenden Zweck unbedingt notwendigen Umfange geschehen. Wird der Anspruch auf Unterstützung als begründet erkannt, so ist in dem Falle der Arbeitslosigkeit eine wöchentliche Unterstützung in Höhe von drei Vierteln des im Durchschnitt des Vorjahres im Tabakgewerbe verdienten Wochenlohns zu zahlen. In geeigneten Fällen kann die Sozialdirektionsbehörde die bewilligte Unterstützung auf den vollen Betrag des früheren Durchschnittslohnes erhöhen. Liegt nur eine Verdienstschädigung vor, so kann die zu bewilligende Unterstützung so hoch bemessen werden, daß sie zusammen mit dem jeweils bezogenen Wochenlohn drei Viertel des von dem Gesuchsteller im letzten Jahre im Tabakgewerbe durchschnittlich verdienten Wochenlohnes erreicht. Die Unterstützung kann bis zu einem Zeitraum von höchstens zwei Jahren bewilligt werden. Die gewährte Unterstützung hat für den Empfänger nicht die Bedeutung einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln im Sinne des Wahlgesetzes für den Reichstag.

So einfach also wird den armen Tabakarbeitern die Sache mit der Unterstützung nicht gemacht, und wenn sie wirklich die Unterstützung erhalten, so beträgt sie im günstigsten Falle nur drei Viertel des ohnehin schon bei den Tabakarbeitern so knapp bemessenen Lohnes. Was wird aber mit den Arbeitern, wenn die zwei Uebergangsjahre vorüber sind und die Unterstützung aufhört? Da deutet der Beschluß, den der Tabakarbeiterverband der Untermaingegend auf seiner Generalversammlung in Frankfurt a. M. fahte, auf größeres sozialpolitisches Verständnis hin. Der Beschluß lautet nämlich:

„Die Mitglieder-Versammlung des Tabakarbeiterverbandes der Untermaingegend erwartet von dem in Folge der Mehrbelastung des Tabaks zweifellos eintretenden Rückgang im Verbrauche und wegen der Unmöglichkeit, neue Sorten, welche infolge der Steuererhöhung eingeführt werden müssen, wegen der Unsicherheit ihrer Gängigkeit auf Lager arbeiten zu lassen, demnach beträchtliche Minderherstellung in der Zi-

*) Heimarbeit und Lohnfrage. Drei Vorträge, gehalten von Anna Schmidt, Ferdinand Dyhrenfurth, Ulric Salomon. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis 50 Pf.

garrenindustrie. Sie richtet an alle Kollegen die dringende Bitte, dabei von Arbeiterentlassungen im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeitseigner tunlichst abzuheben, vielmehr zu versuchen, den seitheigen Arbeiterbestand der Betriebe durch Verklärung der Arbeitszeit aufrecht zu erhalten. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Arbeiter für die wegen Einschränkung des Betriebes" für sie eintretenden Lohnausfälle alsbald in Gemäßheit von Artikel 11a des Gesetzes wegen Abänderung des Tabaksteuergesetzes entschädigt werden."

Aus allen diesen Vorgängen läßt sich erkennen, wie schwer die neue Tabaksteuer das Volk trifft, und eine solche Politik haben christliche Gewerkschaftsjührer untertüt!

Das städtische Arbeitsamt in Stuttgart ist seit Monaten Gegenstand scharfer Kritik gewesen. Unsere Kollegen und auch die christlichen Gewerkschaften sind der Meinung, daß die Leitung dieses Arbeitsamtes den verschiedenen Arbeiterorganisationen gegenüber nicht die erforderliche Unparteilichkeit hat zuteil werden lassen. Sie hatten die Ueberzeugung, daß die sogenannten "freien" Gewerkschaften stark bevorzugt würden. Namentlich die Auszahlung der Reiseunterstützung durch das Arbeitsamt, die von den "freien" Gewerkschaften den Mitgliedern gewährt wird, wurde als nicht zu den Funktionen des Arbeitsamtes gehörig scharf gerügt. Auch noch in anderer Hinsicht fühlten sich die Arbeiter, die nicht den "freien" Gewerkschaften angehörten, beschwert, vor allen Dingen dadurch, daß die Arbeiter auf dem Arbeitsamte nach der Zugehörigkeit zur Organisation gefragt wurden. Diese fortwährenden Debatten führten schließlich dazu, daß sich der Stuttgarter Gemeinderat mit der Angelegenheit beschäftigte. Nach lebhaften Auseinandersetzungen wurde von diesem die Kommission für das Arbeitsamt mit einer sorgfältigen Prüfung des vorliegenden Materials beauftragt. Die Kommission kam zu dem Resultat, dem Gemeinderat vorzuschlagen, die Auszahlung der gewerkschaftlichen Unterstützung durch das städtische Arbeitsamt aufzuheben. Dieser Antrag wurde von den sozialdemokratischen Gemeinderatsvertretern lebhaft bekämpft, schließlich aber vom Gemeinderat mit nahezu zwei Drittel Majorität angenommen. Für die Zukunft also müssen die "freien" Gewerkschaften auch in Stuttgart ihre Reiseunterstützung selbst bezahlen. Bemerkenswert ist, daß der Referent der Kommission erklärte, daß, wenn nach Aufhebung der gewerkschaftlichen Auszahlungen etwa die dann noch vorhandene Arbeitslosenkontrolle Anlaß zu Klagen geben würde, auch zur Aufhebung dieser Einrichtung geschritten werden müße. Ob diese Drohung wahr gemacht wird oder nicht, kann gleichgültig sein. Jedenfalls deutet doch der Ausgang der Sache darauf hin, daß die Klagen unserer Kollegen über Parteilichkeit der Leitung des städtischen Arbeitsamtes durchaus berechtigt gewesen sind.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Geldschrankschlosser in Berlin dauert fort. Eine Milderung in der Lage ist noch nicht eingetreten. — Auch die städtischen Arbeiter in Kiel beharren noch immer im Streik. Acht Wochen schon dauert der Kampf; der Magistrat lehnt alle Verhandlungen ab und gibt an, mit Arbeitsträften versehen zu sein. — Ebenso stehen in Hamburg die Bauarbeiter noch immer im Kampfe. Die Herausaffung von Arbeitswilligen hat eine große Aufregung unter den Streikenden verursacht. Wie es heißt, sind von seiten einer unparteilichen Person neue Einigungsverhandlungen eingeleitet worden, die voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden werden. — Die Malergehellen in Schneidemühl sind wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten. — Die Bauhilfsarbeiter in Landsberg a. W. haben ihren Streik nach elfwöchentlicher Dauer mit einem Erfolge beendet. Die Stundenlöhne wurden etwas erhöht und auch für die Affordarbeit wurden wesentliche Verbesserungen erzielt. — In Magdeburg haben die Binnenschiffer, Maschinisten und Heizer in eine Tarifbewegung einzutreten beschloßen. Sie verlangen feste Monatslöhne, die gegenüber der jetzigen Bezahlung erhöht sind.

Allem Anschein nach wird die Bewegung der englischen Grubenarbeiter einen friedlichen Verlauf nehmen. Zwischen den schottischen Bergleuten und den Gruberverwaltungen ist eine Einigung erzielt worden, indem man den Arbeitern für die nächsten drei Jahre einen Minimaltagelohn von 6 Schilling bewilligte. Damit ist der Hauptgrund für den Streik beseitigt, und auch die britischen Bergleute werden nunmehr von der Proklamierung des allgemeinen Streiks absehen. — Weniger günstig ist die Lage in Schweden.

Allem Anschein nach wird am 4. August der Generalstreik proklamiert werden, da die Arbeitgeber nicht das geringste Entgegenkommen zeigen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juni zeigte nach dem "Reichsarbeitsblatt" im Vergleiche zum Vormonat wenig Veränderung. Im Kohlenbergbau des Ruhrgebiets war zwar die Förderung und der Absatz etwas größer als im Vormonate, die Gesamtlage jedoch noch nicht befriedigend; Feierschichten waren nach wie vor erforderlich; Angebot von und Nachfrage nach Arbeitskräften hielten sich annähernd das Gleichgewicht. In Niederschlesien war die Lage noch befriedigend, das Angebot an Arbeitskräften deckte die Nachfrage. In Oberschlesien machte sich stellenweise ein Mangel an einheimischen gelernten Arbeitern bemerkbar, da sich zahlreiche Arbeiter der Landwirtschaft und dem Baugewerbe zuwandten. Die Beschäftigung der Stahl- und Walzwerke war im allgemeinen etwas besser wie im Vormonat und zur gleichen Zeit des Vorjahres; nach den Berichten aus Schlesien und Süddeutschland jedoch war eine Besserung der Lage nicht zu bemerken; im allgemeinen war ein starkes Angebot an Arbeitskräften vorhanden. Was die Vieherzielei betrifft, so wiesen den Berichten zufolge die norddeutschen Werke einen ungünstigen Geschäftsgang auf, so daß vielfach Feierschichten eingelegt werden mußten, die süddeutschen Berichte lauten dagegen befriedigend; Arbeitskräfte waren überall ausreichend vorhanden. Wenig übersichtlich ist die Lage im allgemeinen Maschinenaubau, das Angebot an Arbeitskräften deckte aber auf jeden Fall die Nachfrage. Die Textilindustrie, insbesondere die Spinnereien, hatte keine befriedigenden Verhältnisse zu verzeichnen; Arbeitskräfte waren durchweg reichlich vorhanden. In der chemischen Industrie war der Geschäftsgang nach der Mehrzahl der Berichte normal; auch hier reichten die Arbeitskräfte aus, besonders in den Großstädten zeigte sich oft ein Ueberangebot. In der elektrischen Industrie war die Lage ungefähr dieselbe wie in dem Vormonat, auch hier trat vor allem in den Großstädten häufig ein Ueberangebot von Arbeitskräften in die Erscheinung. Soweit Berichte aus dem Baugewerbe vorliegen, trat häufig eine weitere Verbesserung ein, das Angebot an Arbeitern genigte überall der Nachfrage. Auf den Geschäftsgang der Brauereien übte meist noch der wenig befriedigende Geschäftsgang anderer Industriezweige und vielfach die Bitterungsverhältnisse einen ungünstigen Einfluß aus.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Juni gegen den 1. Juni eine Abnahme der Beschäftigtenziffer um insgesamt 17 806 Mitglieder (mehr 185 männliche, wen. 17 991 weibliche) gegenüber einer Zunahme von 66 554 (mehr 49 738 männliche, mehr 16 816 weibliche) Mitglieder im Vormonat. Die Abnahme während des Monats Juni ist eine regelmäßige Erscheinung; bemerkenswert ist aber, daß die Abnahme in diesem Jahre hinter der des Vorjahres erheblich zurückblieb.

Die Arbeitslosen ziffer der berichtenden Fachverbände belief sich Ende April 1909 auf 2,9 Prozent, Ende Mai und Ende Juni auf 2,8 Prozent. Die entsprechenden Ziffern des Vorjahres waren 2,8 Prozent, 2,8 Prozent und 2,9 Prozent.

Die Berichte der Arbeitsnachweise zeigen kaum eine Milderung gegen den Vormonat. In Bayern herrschte rege Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern. In den Großstädten, besonders in Berlin, machte sich die stille Zeit im Schneider- und Handeltgewerbe bemerkbar.

Die Verkehrsereignissen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Juni 1909 um 9 061 128 Mark höher als im gleichen Monate des Vorjahres; das bedeutet eine Mehrerlösnahme von 140 Mark oder 5,87 Prozent auf 1 Kilometer.

Das Wesen des Sanjabundes wird von seinem Vorsitzenden, Geheimrat Dr. Rießer, in längerer Ausführungen erörtert. Wir entnehmen den programmatischen Darstellungen nur folgende beiden Punkte:

Der Sanjabund denkt gar nicht daran und darf nicht daran denken, die Vertretung wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Sonderinteressen und Sonderforderungen der in ihm vereinigten Gewerkschaften zu übernehmen. Er will und darf nicht eingreifen in die Selbständigkeit und in den Tätigkeitsbereich der zum Schutze solcher Sonderforderungen bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen und Verbände, also namentlich nicht der Handlungsgewerkschaften, der Mittelstands- und der Handwerkervereinigungen u. a. m., und er kann und wird nicht in einen Wettbewerb mit diesen Vereinigungen, Innungen und Verbänden treten, deren Arbeit und Aufgaben zu

übernehmen, er ablehnen müßte, auch wenn es ihm angeboten würde. Von einer "Konkurrenz-Organisation" ist also auch nicht entfernt die Rede bei dem Sanjabunde.

Und an einer anderen Stelle heißt es dann:

Das größte gemeinsame Interesse aber ist gerade das, was den Sanjabund vor allem zusammengeführt hat: der Kampf gegen eine einseitige demagogisch-agrarische Richtung, welche bemußt die Lasten und Rechte im Staate ungleich verteilen will, und der Kampf um die Durchführung des weiteren Zieles, dem erwerbsfähigen deutschen Bürgertum eine feiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Stellung in der Gesetzgebung, Verwaltung und Leitung des Staates zu verschaffen.

Unsere Stellung zum Sanjabunde ist bereits eingehend dargelegt worden. Die Ausführungen des Dr. Rießer haben uns in unserer Auffassung vom Wesen des Sanjabundes nur bestärkt.

Das böse Gewissen läßt die christlichen Führer, die gleichzeitig dem Reichstage angehören, nicht zur Ruhe kommen. Ihre Haltung bei der "Finanzreform" hat in den eigenen Reihen eine derartige Erbitterung ausgelöst, daß immer neue Mittel eronnen werden müssen, um die Aufmerksamkeit von der eigenen Schande abzulenken. Jetzt wird in den verschiedensten christlichen Blättern wieder auf den Rückgang der Mitgliederzahl der Deutschen Gewerkschaften hingewiesen, dabei aber der stärkere eigene Mitgliederverlust verschwiegen. Das christlich-soziale "Reich" begehrt dabei sogar die Taperei, die Haltung der christlichen Führer im Reichstage damit zu entschuldigen, daß sie "nicht nur Arbeitervertreter, sondern Volksvertreter insgesamt", nicht von den Gewerkschaften, sondern von bestimmten bürgerlichen Parteien gewählt worden seien. Eine merkwürdige Entschuldigung! In den Versammlungen stellen sich die christlichen Führer hin, führen den Arbeitern ihre Notlage vor Augen, müssen ihnen schildern, wie alles teurer geworden ist, und die Arbeiter nicht auskommen können, im Reichstage aber stimmen dieselben Leute für die Verteuerung des Konsums der breiten Masse oder enthalten sich der Abstimmung. Wer die Interessen der Arbeiter vertreten will, wer als Arbeiterführer in erster Linie dazu verpflichtet ist, der muß es bei jeder Gelegenheit tun und in erster Linie, wenn er dazu berufen ist, im Parlament. Wenn ihm das die Zugehörigkeit zur Partei unmöglich macht, dann muß er eben aus einer solchen arbeiterfeindlichen Partei auscheiden. Oder aber das Parteinteresse ist stärker als das Arbeiterinteresse. Das ist so klar, daß es jeder Mensch mit gesundem Sinn einsehen muß. Und diese Tatsache, die wird den Herren Giesberts, Schiffer, Behrens, Wiedeberg und Becker noch oft genug unter die Nase gerieben werden.

Neue Heimarbeitausstellungen. Der in Berlin zuerst zum Ausdruck gekommene Gedanke, durch die Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie die öffentliche Aufmerksamkeit auf die in ihr vorhandenen Mängel zu lenken und damit zu deren Beseitigung beizutragen, hat vielfach Nachahmung gefunden. Des öfteren schon konnten wir von Heimarbeit-Ausstellungen berichten. Gegenwärtig findet eine solche in Birsch statt; für Holland ist sie für die nächsten Monate in Aussicht genommen und nun will auch der Sozialwissenschaftliche Verein in Nürnberg eine Ausstellung für Heimarbeiten in der Spielwarenindustrie veranstalten. Als Vorbereitung werden an alle in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Fragebogen verteilt. In Betracht kommen alle Arten von Spielwaren aus Metall, Holz, Pappe, Gummi, Celluloid, Wolle usw. sowie alle Galanteriewaren, Luxus- und Geschengegenstände, Bleistifte und dergl., die in Heimarbeit hergestellt werden.

Für die Monate November und Dezember soll außerdem für Währen eine Ausstellung der Haus- und Volksindustrie stattfinden, die eine Uebersicht über alle Zweige der Hausindustrie darstellen und einen Einblick gewähren soll in die mannigfachen Erzeugnisse der Volkskunst sowohl der alten als auch der neuen Zeit. Man hofft auch auf Grund der durch die Ausstellung gewonnenen Erfahrungen Anhaltspunkte zur Hebung der Hausindustrie und zur Beseitigung der schlimmsten sozialen Mängel, die mit der Hausindustrie verbunden sind, zu gewinnen.

Steter Tropfen höhlet den Stein, so sagt ein altes Sprichwort. Öffentlich geben diese zahlreichen Ausstellungen schließlich doch den Anstoß zu einer recht gründlichen Regelung der Heimarbeitfrage.

Gewerkvereins-Zeil.

Portmund. Hier ist vor einigen Monaten ein Ortsverein des Gewerkevereins der Deutschen Bauhandwerker gegründet worden, dem sich eine Reihe Bauhandwerker, zum Teil auch aus dem Zentralverband der Maurer, angeschlossen hat. Dieser neue Ortsverein ist nun den Herren Genossen ein Dorn im Auge; sie versuchen die Gewerkevereinsmitglieder mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen. So wurde unter anderem in allem Ernst beschlossen — man lache nicht — mit den Herren nicht aus einer Bulle zusammen Schnaps zu trinken. Dieser fürstbare Beschluss hat nun aber nicht die gewünschte Wirkung gehabt, vielmehr entwickelt sich unser junger Ortsverein trotzdem ständig weiter. In letzter Zeit waren wieder einige Maurer vom Zentralverband übergetreten, die es satt hatten, für Naimarken und sonstige besondere Zwecke ihr Geld los zu werden, ohne aber in Zeiten der Not einmal selbst Ansprüche erheben zu können. Diese Jagdenflucht aber mußte gerochen werden. Als einer der Übergetretenen nun auf einem Baue Arbeit nahm, fielen die Genossen wie die Wilden über ihn her. Der rote Maurer Kaufmann sprang auf ihn zu und rief: „Ich werfe dich vom 2. Stock in den Keller, daß du Hals und Bein zerbrichst, auf ein paar Jahre Suchtstaus kommt es mit nicht an!“ Auch in der Baubude beim Frühstück wollte man den Gewerkevereiner mit der Hölle vor den Kopf schlagen. Kaufmann forderte schließlich seine roten Genossen auf, mit dem Gewerkeverein nicht mehr zusammen zu arbeiten. Hiermit hatte er allerdings kein Glück, sondern mußte selbst die Baustelle verlassen. Außerdem wird die Sache noch ein Nachspiel haben, da Anzeige gegen diesen Ueberwilden erstattet ist. Durch solche Mittel werden sich die Gewerkevereiner nicht verblüffen lassen; das mügen die Herren Genossen sich merken. Rücksichtslos wird gegen solche Gesellen vorgegangen werden. Denjenigen aber, die es leid sind, mit solchen Terrorismusmitteln sich in einer Organisation zusammenzutreiben zu lassen, empfehlen wir, sich dem Gewerkeverein der Deutschen Bauhandwerker anzuschließen!

Slap. Am 25. Juli fand hier eine Ortsverbandsversammlung statt, in welcher Kollege Rentzsch-Nieder-Germersdorf über das Thema: „Die Gewerkevereine als Arbeiterorganisation“ referierte. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierfabrik Mühlborn waren besonders zu dieser Versammlung eingeladen, leider aber nur zu einem kleinen Teil erschienen. Dennoch hatte die Versammlung infolgedessen einen erfreulichen Erfolg, als einige der Unorganisierten sich zur Gründung eines Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter bereit erklärten. Diefelbe erfolgte dann auch, worauf zum Kassierer des neuen Vereins der Kollege Groppitsch und zum Schriftführer der Kollege Schneider gewählt wurden; letzterem wurde gleichzeitig provisorisch das Amt des Vorsitzenden übertragen. In der Diskussion wurden von mehreren Kollegen die Arbeiter von Mühlborn ermahnt, sich dem Gewerkeverein anzuschließen und ihnen die tatkräftige Unterstützung des Ortsverbandes in Aussicht gestellt. Der Generalkassier Sekretär Seidel-Glag, der sich mit einigen seiner Anhänger ebenfalls eingefunden hatte, beteiligte sich an der Aussprache nicht, sondern machte sich nur eifrig Notizen. Zu welchem Zwecke wohl? Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Wahl einer Schlichtungskommission. Gewählt wurden die Kollegen Paul Tade, Schibilla, Gehnisch und Groppitsch. In seinem Schlusswort richtete Kollege Rentzsch nochmals ernste Mahnungen an die Anwesenden, rassistlos für die Organisation zu agitieren, worauf die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Gewerkevereine geschlossen wurde.
Hermann Art, Ortsverbandssekretär.

Raubau. Unter den Eisenbahnern hat der Gewerkevereins-Ausschuss unsere Versammlung, den die Zeitung des Arbeiterverbandes brachte, großes Entzücken hervorgerufen. Der Arbeiterverband hat dadurch seine Situation hier nicht verbessert, denn viele hiesige Eisenbahner, ob sie nun zu dem Arbeiterverbande oder zu uns gehören, sind einzig darin, sich gegen

unsern Verbandsvorsitzenden Kollegen Karl Goldschmidt nicht in dieser Weise geschrieben werden durfte. Er wird von allen Eisenbahnern als Feind und Förderer der Eisenbahnerfrage aufrichtig verehrt. Das hat ja der Herr Severin in seiner Rede hier selber ausdrücklich anerkannt. Diesen Satz aber unterschlägt er in seinem Bericht. Auch unterschlägt er die Tatsache, daß in unserer Versammlung sofort ein ziemlich starker Ortsverein der Eisenbahner gegründet wurde. Wie dumm ist es ferner, daß in der Arbeiterzeitung behauptet wird, die lebhaftesten Beifallsbezeugungen am Schluß der Rede des Kollegen Goldschmidt wären nicht von den Eisenbahnern, sondern von anwesenden Gewerkevereinern gesendet worden. Auch hierüber wird in der Werkstatt viel gelaugt, weil man es nicht für möglich hält, daß auf einmal soviel zusammengelogen werden kann. Unser Redner hat den Arbeiterverband durchaus objektiv gewürdigt und seine Verdienste anerkannt. Die an Gerichtsstelle festgestellte Tatsache, daß der Verband hinter den Rücken von katholischen Geistlichen geleitet wird, dürfte doch wohl hervorgehoben werden. Wenn man gegenüber gerichtsmotorischen Tatsachen dann nichts weiter weiß, als die unwahre Behauptung aufzustellen, daß der Gewerkeverein der Eisenbahner eine politische Organisation sei, dann kann man auch darüber nur lachen. Die einzige partei- und kirchenpolitisch wirklich unabhängige Organisation der Eisenbahner ist unser Gewerkeverein der Eisenbahner, das wird auch hier richtig erkannt und darum geht es auch vorwärts mit unserm Verein. Wir wenden uns natürlich zuerst an die bisher noch unorganisierten Eisenbahner. Mehr als 300 000 von ihnen gehören einer Organisation noch nicht an. Wir werden aber auch keinen zurückweisen, der sich in anderen Verbänden nicht recht wohl mehr fühlt. Wir freuen uns schon sehr darauf, daß Kollege Goldschmidt recht bald wieder kommt, dann kann ja von neuem die Probe auf das Gempele gemacht werden, das in der Arbeiterzeitung bezüglich der Beifallsbezeugungen aufgestellt worden ist. Dann kann sich Herr Severin auch überzeugen, wie außerordentlich günstig sich unser Ortsverein entwickelt.

J. Roter, Ortsverbandsvorsitzender.

Verbands-Zeil.

6. Sitzung über eingefandte Sammelgelber für die im Streit befindlichen Steinarbeiter (Bauhaunderwerfer) in Wühlbach in Baden.

Bauhaunderwerfer: Schneidmühl Mt. 325. Wühlbach: Wühlbach 5, Duisburg 10, Sorau 3, Magdeburg 5, Zigarren: a. Zigarrenarbeiter: Hohenheim 2. Frauen und Mädchen: Dresden 5. Holzarbeiter: Wornitz 5. Konditoren: Oldenburg 3. Schuhmacher und Lederarbeiter: Neuhaldensleben 8, Pleddersheim 20,95, Schweinitz 7, Wornitz 5,05. Zigarrenarbeiter: Finsterwalde 9,20, Mühl 10,80. Zigarren: Dresden 6,30. Ortsverband: Kaiserlautern 2,50. Summa Mt. 110,85. Bereits quittiert Mt. 1247,45. Insgesamt Mt. 1358,30. Berlin, den 8. August 1909.

Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkevereine, NO., Weißsiedlerstraße 221/222. Im Juli und August fallen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach den Ferien Mittwoch, 8. September. — Gewerkevereins-Liedertafel (G.D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Liebigshaus im Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — Diskussionsklub Moabit. Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 58. — Sachwissenstischler Diskussionsklub Berlin. Rüdigerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Kaufleute IV. Mittwoch, 4. August, abends 9 Uhr im Verbandsbau, Weißsiedlerstr. 221/22, Wühlbach.

glieder-Versammlung. I. D.: 1. Wahl von 8 Beisitzern. 2. Revisionsbericht pro II. Quartal 1909. 3. Kranenloffenbericht. 4. Geschäftlich: — Sonnabend, 7. August. **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter I.** Abends 8 Uhr bei Melbert, Bergstraße 69, Versammlung mit Damen im großen Saal. Lichtbildvortrag mit eigenem Apparat. Regulatorporro. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter II.** Abends 8 Uhr, Ruchstraße 36 a. 1. Mittelungen. 2. Unsere Reinen in der Ferienkolonie. 3. Werkstattangelegenheiten u. Staffeldenes. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 Uhr bei Thiem, Wühlstr. 61. Protokoll. Monatsbericht. Berichtedes. Regulatorporro. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8 Uhr bei Oswald Berliner, Brunnenstraße 143, Festversammlung zu Ehren des 3jährigen Bestehens unseres Ortsvereins. Vortrag des Gewerkevereinssekretärs Kollegen J. Schumacher: „Arbeiterrecht und Arbeiterfrage im 20. Jahrhundert“. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter III.** Abends 8—10 Uhr Zohabend bei Rabau, Waldstr. 58. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter X.** Abends 8 Uhr Versammlung bei Gersch, Saufherplatz 12. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 Uhr Vereinsversammlung mit Damen bei Trantow, Schönhauser Allee 65. Vortrag des Kol. Jordan: „Die neuen Steuerlisten“. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter VII.** Am Donnerstag, 5. August, abds. 8 Uhr Ausfuchfung b. Bunte, Trifstr. 68. I. D.: dort.

Orts- und Reichsverbände.

Wachen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Leichter, Ecke Panfennanplatz und Zülfderstraße. — **Hannburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr bei, in Hüttmanns Hotel, Wühlstr., Diskussionsabend. (Diskussionsklub) Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Victor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 Uhr im Sanderbräu Wühlstraße 28, hant. Gäste will. — **Wühl (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, ab. 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Wühlstraße. — **Hannburg (Diskussionsklub).** Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Victor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Diskussionsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hafensamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wühl Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liedertafel).** Die Liebigshausen finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, hant. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter (Ortsverband).** Liebigshausen jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schillingstraße. Gefangene Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Wühlbach (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janzer, Wühlstr. — **Cottbus (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Liebigshausen finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Kober, Wühlstr. 120, hant. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Leipzig (Ortsverb.).** Sonntag, 15. August, Sommerfest im Albertgarten, E. Anger. Programm wird demnächst veröffentlicht. — **Wühlbach: Arbeiter- und Metallarbeiter (Ortsverband).** Sonntag, 8. August, nachm. 4 Uhr in Larnow, Restaurant Rautkowski, Unter den Eichen, Verbandsversammlung mit Vortrag des Kol. Lehner-Olewig.

Stiefkassen.

W. in Frankfurt a. M. Selbstberichte dürfen nach den Bestimmungen des letzten Verbandstages im „Gewerkeverein“ nicht mehr veröffentlicht werden. Ebensovornig dürfen natürlich Ankündigungen von Festen im redaktionellen Teile des Verbandsorgans Aufnahme finden. Diefelben können nur als Inserate gegen Bezahlung aufgenommen werden. — Dann noch Eines: Frankfurt a. M. liegt in Preußen; bayerische Postwertzeichen dürfen von dort also nicht verwandt werden.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Nieder-schlesisch-Brandenburgischer Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkevereine (G.D.). (Vorort Spremberg)

Sonntag, den 29. August, findet in Langendls i. Schl., im Waldhof „Glück an“, der

19. ordentliche Delegiertentag

Tagesordnung:
11 Uhr vormittags Hauptversammlung. 1. Wahl der Geschäftsleitung. 2. Vortrag: Die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Deutschen Gewerkevereine. Referent: H. Müller-Spremberg. 3. Bericht der Mandatprüfer. 4. Jahresbericht des Vorstandes. 5. Kassensbericht und Bericht der Kassensprüfer. 6. Vortrag: „Welche Aufgaben hat der Ausbreitungsverband und was tritt an denselben heran?“ Referent: D. Stein-Görlich. 7. Anträge. Diefelben sind bis zum 15. August an den Schriftführer E. Ulrich, Spremberg, R. F. Jägerstraße 4, zu senden. 8. Wahl des Vororts. 9. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers und Kassierers. 10. Wahl des Ortes für den nächsten Delegiertentag.
Nach jedem Vortrag findet Diskussion statt. Wir bitten alle Ortsvereine sich vertreten zu lassen. Auch die Ortsvereine, welche dem Ausbreitungsverband noch nicht angehören, können Vertreter senden.
H. Reugebauer. E. Ulrich. H. Appraschl.
NB. Bitte gleichzeitig mitzuteilen, ob sich die Kollegen am Mittagsstisch beteiligen.

Ortsverband Jabrze und Umgegend. Sonntag, den 8. August er., findet im Saale des Herrn Liebner in Biskup, nachmittags 2 Uhr, eine

kombinierte Vorstandssitzung sämtlicher Ortsvereine des Verbandes Jabrze und Umgegend statt.

Tagesordnung:
1. Präsenzliste. 2. Vortrag des Kollegen Schön über: „Die Aufgaben des Ortsverbandes und der Vorstandsmittglieder“. 3. Vortrag des Kollegen Krifcher über: „Gewerkeverein und Parteipolitik“. 4. Vortrag des Kollegen Jahn über: „Die Zukunft der Gewerkevereine in Oberschlesien.“
Nach jedem Vortrag findet freie Diskussion statt.
Zum Ortsverband Jabrze gehören folgende Ortsvereine, und müssen dieselben unbedingt durch alle Vorstandsmittglieder vertreten werden: Maschinbau: Biskup, Kuba, Jabrze, Jabrze I. und II. Bergarbeiter: Biskup, Karf, Wühlbach, Pilsendorf, Jabrze, Jabrze-Süd.
An der Sitzung können auch Mitglieder teilnehmen; dieselben müssen ihre Dultungsbücher mitbringen.
Von bestimmten Erscheinern ersucht
August Krifcher, Ortsverbandsvorsitzender.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh reisende Verbandskollegen erhalten Raucherquartier und Verpflegung. B. Rowalkowski, Thorn, Heiliggeiststr. 7/9.

Cottbus (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungsarten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer, Kollegen Jannastraße, Kartstraße 61.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Genossen Rammere, Fischmarkt 10, Verpflegungsarten.
Forst i. L. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungsarten bei August Müller, Ruchstr. 61. Mittags von 12—1, abends von 7—8 Uhr.

Wühlbach (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Raucherquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. Sübbede, Bant, Wühlstr. 7.